

Den Deutschen wird oft nachgesagt, dass sie sich mit einer übertriebenen Skepsis und ihnen eigenen Selbstzweifeln bisweilen selbst im Wege stehen. Dem Vorurteil wird einen wahren Kern nicht absprechen können, wer in den letzten Wochen und Monaten die öffentliche Debatte zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, gewissermaßen „zur Lage der Nation“, verfolgen konnte. Angesichts sich verfinsternder Konjunkturaussichten scheinen die Deutschen jeden Mut zu verlieren.

Offenbar fehlt ihnen die Fähigkeit, wirtschaftlichen Erfolg als Ermutigung anzunehmen, dass auch künftige Herausforderungen gemeistert werden können, und daraus eine optimistische, selbstbewusste Zukunftssicht abzuleiten. Genau hierzu hätten die Deutschen aber allen Grund: In der zurückliegenden rund dreijährigen Aufschwungsphase ist die gesamtwirtschaftliche Leistung des Landes deutlich gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen von einem Höchststand von fast fünf Millionen auf unter 3,5 Millionen gesunken, und die Beschäftigung hat mit über vierzig Millionen einen neuen Rekord erreicht. Mehr noch: Deutschland wird auch 2008 „Exportweltmeister“ bleiben, zudem überschreiten die Ausfuhren in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich erstmals den Spitzenwert von einer Billion Euro.

Nicht lange zurück – im Mai dieses Jahres – gaben die Deutschen in einer repräsentativen Umfrage des Bankenverbandes der Wirtschaft noch sehr gute

Noten: Siebzig Prozent der Befragten sahen die deutschen Unternehmen für den internationalen Wettbewerb gut gerüstet; im September 2007 meinten dies nur 65 Prozent, 2004 sogar nur rund die Hälfte. Alles in allem kam in der Umfrage das gegenüber den Vorjahren gestiegene Vertrauen der Deutschen in die Stärke des Wirtschaftsstandorts deutlich zum Ausdruck.

Diese guten Noten hatten – und haben durchaus weiterhin – ihre Berechtigung. Denn die zurückliegenden Jahre sind von den Unternehmen – gegen manche Widerstände – für Umstrukturierungen und Kosteneinsparungen genutzt worden. Das war oft nicht einfach, hat aber die deutsche Ausgangsposition in dem nun weltweit ökonomisch schwierigen Umfeld wesentlich verbessert. Hierzu beigetragen haben freilich auch die moderaten, beschäftigungsorientierten Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre, teilweise auch tarifliche Öffnungsklauseln und Arbeitszeitverlängerungen. Dank der Anstrengungen – aufseiten der Unternehmen wie aufseiten der Tarifpartner und Arbeitnehmer – konnte die Entwicklung der Lohnstückkosten deutlich gebremst und damit die hohen Belastungen aus den in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre sprunghaft angestiegenen Lohnkosten zum größten Teil kompensiert werden.

Das bedeutet nun aber keineswegs, dass uns wirtschaftlich rosige Zeiten bevorstehen. Schon seit einiger Zeit – und keineswegs erst seit der jüngsten Zuspitzung der internationalen Finanzmarkt-

krise – brauten sich am Himmel dunklere Wolken zusammen: Ein nach wie vor hoher Euro-Kurs – insbesondere gegenüber dem Dollar – belastet die deutsche Exportwirtschaft, der infolge der Rohstoff-, vor allem Rohölverteuerung weltweit kräftigere Anstieg der Inflation verdüstert die Konjunkturaussichten – auch wenn sich bei den Ölpreisen zuletzt eine Korrektur nach unten ergeben hat. Die Wirtschaft wächst inzwischen nicht mehr; die Gefahr einer rezessiven Entwicklung ist nicht aus der Luft gegriffen. Doch ist dies ein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken oder gar in Angststarre zu verfallen? Wenn in letzter Zeit immer öfter einer „Existenzkrise“ der Sozialen Marktwirtschaft das Wort geredet wird, ist das weit übertrieben. Wen wundert es da, wenn die Bürger verunsichert sind.

Ausdruck dieser Verunsicherung sind auch Befürchtungen und Ängste vieler Bürger gegenüber den Auswirkungen der Globalisierung. Zwar stehen die Deutschen der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung angesichts der Exporterfolge der Unternehmen nicht mehr ganz so ablehnend gegenüber wie in früheren Jahren, doch sie bringen ihr noch immer bestenfalls gemischte Gefühle entgegen. Wie die schon erwähnte Meinungsumfrage des Bankenverbandes ergab, halten sich die Erwartungen der Deutschen hinsichtlich der Vor- und Nachteile der Globalisierung nun etwa die Waage: Rund jeder zweite Deutsche (47 Prozent) glaubt, dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen. 23 Prozent sehen eher Nachteile, 20 Prozent eher Vorteile. Die Befragten schätzen durchaus, dass der weltweite Wettbewerb die Absatzchancen deutscher Produkte erhöht (65 Prozent) und der globale Wettbewerb für deutsche Verbraucher, über günstige Importe, zu sinkenden Preisen führt (57 Prozent), die Hälfte der Befragten (52 Prozent) befürchtet jedoch den Verlust

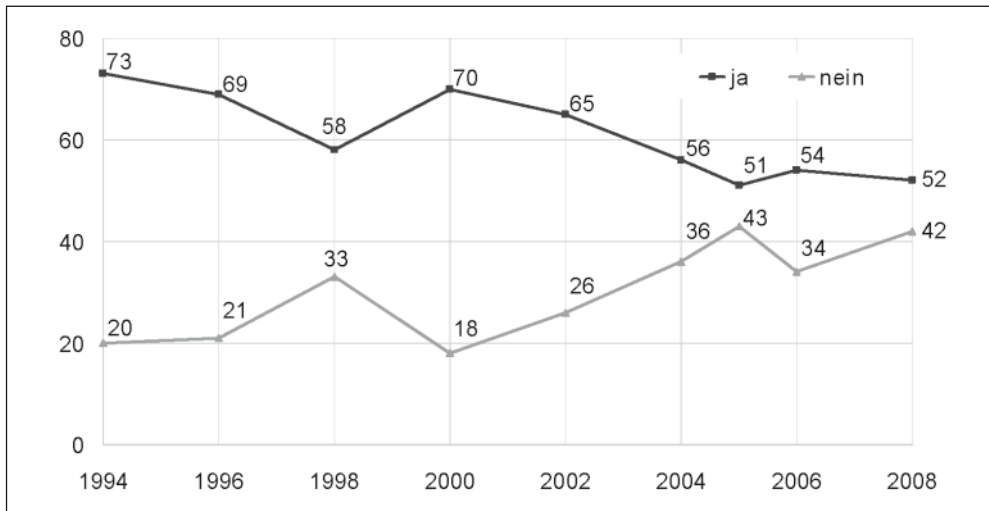
von Arbeitsplätzen. Diese Sorge ist psychologisch nachvollziehbar, stellen die aufstrebenden Schwellenländer – allen voran China – Deutschland doch tatsächlich vor neue Herausforderungen. Aber unser Land profitiert erheblich von der internationalen Arbeitsteilung. Der Außenhandel mit China – um bei diesem Beispiel zu bleiben – hat sich in den Jahren 2000 bis 2007 sowohl beim Im- wie auch beim Export nahezu verdreifacht.

Gerade aufgrund unserer starken Exportorientierung hängt Deutschlands wirtschaftliche Zukunft wesentlich von weltweit offenen Märkten ab. Vor diesem Hintergrund stimmt sehr bedenklich, dass auf die Frage, was zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit getan werden kann, 79 Prozent der Deutschen auf protektionistische Maßnahmen wie Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen verweisen. „Mit Protektionismus“, unterstrich aber Bundespräsident Horst Köhler kürzlich, „schaden wir uns selbst, und wir treffen die armen Länder der Welt, für die ein freier und fairer Handel die beste Chance auf Entwicklung ist.“

Abschottung wäre fatal

Marktaberschottung wäre definitiv der falsche Weg. Das gilt auch in Bezug auf die häufig zu Unrecht verteufelten „Staatsfonds“ oder andere ausländische Investoren. Die zurzeit geplante Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, wonach der Bundesregierung ein Vetorecht eingeräumt werden soll, wenn Investoren aus dem außereuropäischen Ausland (Investoren, die nicht innerhalb der Europäischen Freihandelszone oder der Schweiz ansässig sind) Beteiligungen von mehr als 25 Prozent an deutschen Firmen erwerben wollen, ist eine schwierige Gratwanderung. Es wird eine wichtige Aufgabe der Bundesregierung sein, begleitend zum Gesetzgebungsverfahren Ziele und Anwendung der neuen Regelung im Ausland noch besser zu erläutern.

Umfrageergebnisse:
 „Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt.“
 Quelle: Bankenverband Mai 2008; Angaben in Prozent



Zäune errichtet, wer sich bedroht fühlt. Die protektionistischen Neigungen der Deutschen sind letztlich Ausdruck einer tiefen Verunsicherung über die Wohlfahrtsentwicklung des Landes. Wie auch wäre es sonst zu erklären, dass im Frühjahr dieses Jahres – und damit zeitlich noch vor der aktuellen konjunkturellen Eintrübung – wesentlich weniger Menschen Deutschland im Wohlstand sahen als 2005, also zu Beginn des Wirtschaftsaufschwungs? Und wie kann es überhaupt sein, dass in einem der nach wie vor reichsten Länder der Erde nur rund die Hälfte der Bevölkerung hierzulande von Wohlstand reden will? Deutet das nicht auch darauf hin, dass sich hier Beurteilungsmaßstäbe grundlegend verschoben haben?

Ruf nach dem Staat

Mit der Angst vieler Bürger vor einem Wohlstandsverlust sind die Ansprüche an den Staat gestiegen; der Ruf nach dem Staat wird lauter: So hat sich der Anteil der Deutschen, der mehr soziale Absicherung durch den Staat fordert, in den letzten beiden Jahren von 43 Prozent auf 60

Prozent stark erhöht. Für die alternative Entwicklungsrichtung „mehr Markt und Wettbewerb“, von der überhaupt nur eine nachhaltige Wohlstandssteigerung zu erwarten ist, votiert hingegen nur noch ein Viertel der befragten Deutschen.

Die offenkundige Unzufriedenheit und Verunsicherung resultiert gewiss auch aus zu hohen Erwartungen. Angesichts der doppelten Herausforderung durch demografische Veränderungen auf der einen sowie den intensiver gewordenen internationalen Wettbewerb auf der anderen Seite sind Verteilungsspielräume, die es früher einmal gab – wenn auch oft nur auf Kosten einer höheren Staatsverschuldung – heute nicht mehr vorhanden.

Diese Entwicklung ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Zufriedenheit der Bürger mit der Sozialen Marktwirtschaft abnimmt. Die vom Bankenverband dazu erhobenen Umfragen zeigen einen langfristigen Rückgang der Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung, der Sorge bereiten muss. Nur noch jeder zweite Deutsche (52 Prozent) glaubt, dass sie sich bewährt hat. Vor vier Jahren waren das noch 56

Prozent, vor acht Jahren sogar noch 70 Prozent der Befragten.

In letzter Zeit ist es üblich geworden, Fehlverhalten einzelner Unternehmen oder Manager, häufig auch als zu hoch empfundene Managergehälter, für diesen Akzeptanzverlust verantwortlich zu machen. Doch das ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Die Umfrageergebnisse belegen, dass die Zufriedenheitswerte schon zurückgingen, als man von den jüngsten Unternehmensaffären noch nichts wusste und es auch keine größeren Diskussionen über Managergehälter gab. Zudem ist das Ansehen der Unternehmen in der Bevölkerung keineswegs so schlecht, wie viele meinen. Nur wenige (drei Prozent) haben eine zwar sehr gute, die meisten – nämlich sechs von zehn Deutschen (59 Prozent) – aber eine gute Meinung von den Unternehmen. Damit hat sich gegenüber 2006 das Bild sogar verbessert.

Geringes Vertrauen

Für den langfristigen Rückgang der Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft spielt vor allem das in der Bevölkerung verbreitete Gefühl eine Rolle, dass viele wirtschaftliche Probleme nach wie vor ungelöst sind. Das Vertrauen der Bürger in die Politik, die Schwierigkeiten zu bewältigen, ist deprimierend gering: Nur drei von zehn Deutschen (30 Prozent) meinen, dass die Politik in der Lage sei, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Das mag mit Blick auf den unbestreitbaren Beitrag einiger wichtiger Wirtschafts- und Sozialreformen im Kontext der Agenda 2010, die zur Verbesserung der ökonomischen Rahmendaten beigetragen haben, ungerecht scheinen. Allerdings: Dass der Wirtschaftsaufschwung von den Bürgern nicht wirklich „gefühlte“ wird, hängt doch mit Entwicklungen zusammen, für die sich die Politik eine Mitverantwortung zuschreiben lassen muss. Man denke nur an den im Saldo erheblichen Anstieg von Steuern und Abgaben, der die Bürger zunehmend

belastet. So kommen inzwischen von hundert Euro Arbeitskosten (Bruttolöhne plus Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber) bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener nur 47,40 Euro an. Die restlichen 52,60 Euro müssen als Steuern und Abgaben an Vater Staat abgeführt werden. Und schließlich spielen für den Verbraucher die in vielen Bereichen gestiegenen Preise ebenfalls eine Rolle. Eine Inflationsrate von inzwischen über drei Prozent führt zu einer deutlichen Reduzierung der Einkommenszuwächse, teilweise sogar zu realen Einkommenseinbußen. Da erstaunt es nicht, dass sich die Bürger in finanzieller Hinsicht um ihre Zukunft Sorgen machen.

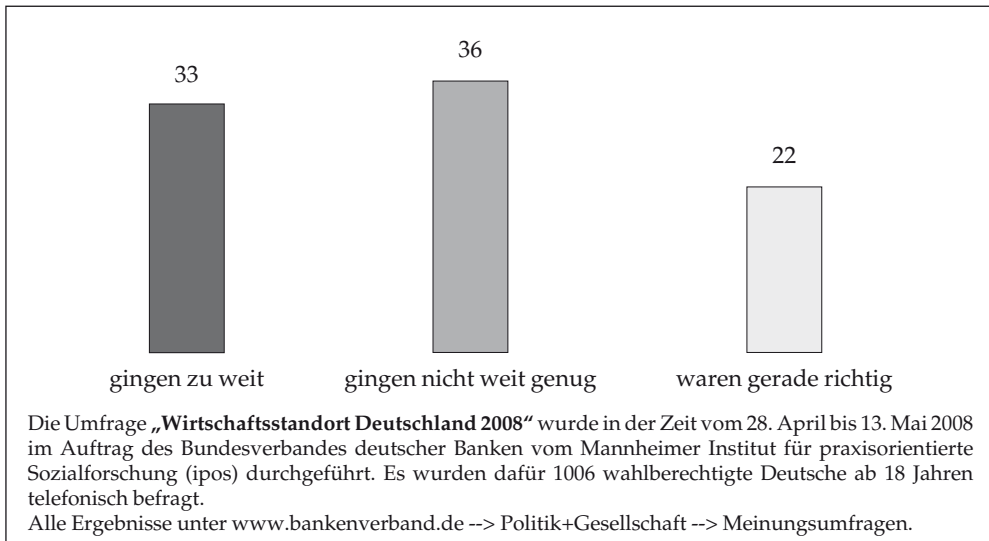
Gleichwohl ist die Wahrnehmung, der Wirtschaftsaufschwung sei vollkommen an den Bürgern vorbeigegangen, so nicht richtig. Der anschaulichste Beleg dafür ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der erfolgte Beschäftigungsaufbau kommt ja nicht nur Arbeitssuchenden zugute, sondern entlastet auch die sozialen Sicherungssysteme, verbessert die Einnahmen und reduziert die Staatsverschuldung. Die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen hat über ein höheres Steueraufkommen und mehr Investitionstätigkeit ebenfalls positive Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft. Auch künftig bleibt richtig: Nur wenn es den Unternehmen gut geht, können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Die Grundlage für ein hohes Wohlstandsniveau, das wir trotz aller Unkenrufe in Deutschland nach wie vor haben, ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Daran ändern auch die aktuellen Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten nichts Grundsätzliches. Die soziale Marktwirtschaft ist das beste bekannte Wirtschaftssystem, weil sie einen Gleichklang von eigenverantwortlichem Handeln und sozialer Abfederung gestattet. Bundespräsident Köhler hat jedoch zu Recht gemahnt: „Auch Marktwirtschaften

Umfrageergebnisse:

„Die Reformen der letzten Jahre in den Bereichen Gesundheit, Rente, Arbeitsmarkt und Steuern...“

Quelle: Bankenverband Mai 2008; Angaben in Prozent



garantieren nur dann dauerhaft Arbeit und wachsende Einkommen, wenn sie von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und mitgetragen werden.“ Wird die Soziale Marktwirtschaft beschädigt, hat niemand etwas davon – am allerwenigsten die Bürger selbst. Umso kritischer sind vor diesem Hintergrund Äußerungen des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sehen, der kürzlich die Sinnhaftigkeit einer „Rettung“ der Sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich infrage gestellt hat.

Vertrauen zurückgewinnen

Der beste Weg, das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft zurückzugewinnen, liegt in der Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme, um schnellstmöglich auf einen höheren Wachstumspfad zurückzukehren. Notwendig sind marktwirtschaftliche Reformen, keinesfalls eine weitere Abkehr vom Reformkurs. Statt mit Mindestlöhnen zu experimentieren, sollte die Bundesregierung lieber eine effektive Reform des Arbeitsmarktes angehen.

Und anstatt Einzelfragen wie der Pendlerpauschale zu viel Aufmerksamkeit zu schenken, sollte lieber eine grundlegende Steuerreform vorbereitet werden.

Insbesondere die finanzielle Mehrbelastung der Bürger durch die „kalte Progression“ müsste dringend beseitigt werden. Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) erst jüngst wieder angemahnt hat, liegt die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland noch immer wesentlich höher als in den meisten anderen Industrienationen.

Wiewohl es in der Vergangenheit bereits Fortschritte bei der Unternehmensbesteuerung gegeben hat, bedarf es auch hier weiterer Verbesserungen. Schließlich liegt in Deutschland die Belastung der Unternehmen mit Steuern und Abgaben im internationalen Vergleich nach wie vor allenfalls im Mittelfeld.

Weitere wichtige Reformaufgaben bestehen darin, unsere Sozialversicherungssysteme endlich wetterfest zu machen – in der Kranken- und Pflegeversicherung wurde das Finanzierungsproblem über-

haupte noch nicht angegangen – und die Haushaltskonsolidierung mit deutlich mehr Ehrgeiz voranzutreiben. Bisher wurde hier viel zu sehr auf Steuererhöhungen gesetzt, und der qualitative Aspekt – Vorrang für alles, was das Wachstum fördert – sowie die Ausgabenseite aber weitgehend vernachlässigt.

Klar ist auch: Ohne Bildung und Innovation wird es nicht möglich sein, unseren Wohlstand auf Dauer zu sichern. Sie sind der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum. Die führende Position deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten ist nur aufrechtzuerhalten, wenn Deutschland, das bekanntlich kaum über eigene Rohstoffvorkommen verfügt, auf seine Humanressourcen und auf die Entwicklung innovativer Produkte setzen kann.

Eine investitionsfreundliche Steuerpolitik und der Abbau von bürokratischen Hemmnissen könnten wirksame Impulse für Innovation, Wachstum und Beschäftigung sein. Und vor allem dort, wo junge Menschen auf ihr späteres Arbeitsleben vorbereitet werden – in Schulen und Universitäten –, muss der Staat seiner Bildungsverantwortung gerecht werden.

Gerade ökonomischer Bildung als Teil der Allgemeinbildung kommt dabei eine wichtige Rolle zu: als Basis des alltäglichen Handelns der Bürger in einer zunehmend von wirtschaftlichen Prozessen bestimmten Umwelt, aber ebenso als Grundlage für das Verständnis unseres Wirtschaftsystems. Denn die Kenntnis der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Prinzipien stellt auch eine wichtige Voraussetzung für deren Akzeptanz durch die Gesellschaft dar.

Notwendige Veränderungen

Verfolgt man die politische Debatte, oder orientiert man sich an weiten Teilen

der veröffentlichten Meinung, so gewinnt man leicht den Eindruck, die Bürger hätten eine generelle Aversion gegen Veränderungen und lehnten gerade auch die zurückliegenden Reformen der „Agenda 2010“ mehrheitlich ab. Das ist jedoch ein Trugschluss: Nur ein Drittel der Deutschen ist der Auffassung, dass die in den letzten Jahren in den Bereichen Gesundheit, Rente, Arbeitsmarkt und Steuern erfolgten Reformen zu weit gegangen seien. Für sechs von zehn Deutschen waren diese Reformen aber entweder gerade richtig (22 Prozent), oder sie gingen ihnen sogar nicht weit genug (36 Prozent).

Die Deutschen sind demnach keineswegs reformmüde; sie können für die notwendigen Veränderungen gewonnen werden. Dies ist ein wichtiges Signal für die Politik. Sich dieser Herausforderung nicht zu stellen wäre nichts anderes als eine Flucht aus der politischen Verantwortung.

Deutschland hat die Voraussetzungen, dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abschwung zu trotzen. Dafür müssen sich aber alle am Riemen reißen: Die Wirtschaft, indem sie ihren Restrukturierungs- und Modernisierungskurs fortsetzt – nur dann werden die Unternehmen in der Lage sein, weiterhin ihren Beitrag zu Wachstum und Wohlstand zu leisten. Die Politik, indem sie populistischen Verlockungen widersteht, die Reformherausforderungen anpackt und für attraktive Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland sorgt. Und schließlich die Bürger, allen voran die Arbeitnehmer, deren Motivation, Kreativität und Flexibilität auch weiterhin die Voraussetzung jeglichen wirtschaftlichen Erfolges sind und bleiben werden.